



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

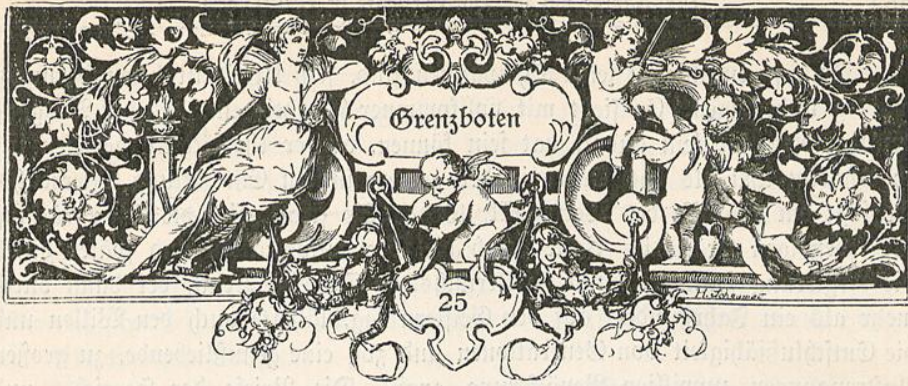
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland : 1859 bis 1866

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 bis 1866



n der schon sehr umfanglichen und noch immer mehr anschwellenden Litteratur über die Erneuerung des Deutschen Reichs nimmt das Werk von Heinrich Friedjung eine hervorragende Stelle ein. *) Es ist ein österreichisches Seitenstück zu Sybel. Der Verfasser ist ein liberaler Deutsch-Österreicher, seinem Berufe nach Journalist, der noch an die Zukunft seines Staates und an die Zukunft seines Volkstums in diesem Staate glaubt und in der Darstellung des großen Kampfes mit dem Herzen auf der Seite seines Vaterlandes steht. Daß er Österreicher ist, zeigt sich schon in der Wahl des Titels. Denn ein Reichsdeutscher wird in diesem Kampfe niemals nur einen Streit um die Vorherrschaft zwischen Preußen und Österreich sehen; für ihn ist die Erringung der Vorherrschaft Preußens nicht der Zweck selbst, sondern nur das Mittel zu einem höhern Zweck, zur Reichsgründung, denn nicht darum handelte es sich dabei, ob Österreich oder Preußen diese vollziehen sollte, sondern ob sie überhaupt vollzogen werden sollte; und vollzogen werden konnte sie niemals durch Österreich, nicht nur weil das damalige Österreich dazu unfähig war, sondern weil Österreich als solches dazu unfähig war. Auch Friedjung verkennt keineswegs, daß der nationale Drang nach einer geschlossenen politischen Einheit den Kampf herbeigeführt hat, aber er hebt die nationale Bedeutung des Ergebnisses zu wenig hervor, und er berichtet auch über die Ereignisse im übrigen Deutschland nicht mit derselben Ausführlichkeit, wie über den Kampf der beiden Hauptgegner.

*) Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland 1859 bis 1866. Von Heinrich Friedjung. Erster Band. Erste Auflage 1897, zweite Auflage 1898, mit 3 Karten. Zweiter Band 1898, mit 6 Karten. Stuttgart, J. G. Cotta.

Doch so entschieden seine Sympathien sind, sein Urtheil ist bewunderungswürdig unbefangen. Er sieht mit vollkommener Klarheit ein, daß der Ausgang des Kampfes gar kein anderer hat sein können, als er thatsächlich gewesen ist; er erscheint ihm als das Ergebnis der ganzen innern Entwicklung Oesterreichs. Er sagt am Schlusse des Werkes (II, 498): „So strafte sich die Unterdrückung der lebendigen Kräfte im Volke durch die Gegenreformation und später durch die Regierung Franz (I.) und Metternichs. — Derselbe Druck, der dann durch mehr als ein Jahrhundert auf den Geistern lag, lähmte auch den Willen und die Entschlußfähigkeit von Generationen und zog eine genußliebende, zu großen Anstrengungen unwillige Bevölkerung groß. Die Briefe der Herrscher und Staatsmänner des achtzehnten Jahrhunderts sind voll von Klagen darüber, daß Generale und Offiziere stets die Verantwortung scheuen, zu handeln und zu schlagen. Dieser Mißstand steigerte sich bis 1848. Die absolutistische Regierung hatte durch Unterdrückung aller selbständigen Regungen die Völker im Zaume gehalten und nichts als die blinde Erfüllung der Befehle gefordert. — Auch die leitenden Männer von 1866 waren in den Ideen Metternichs und der Restauration aufgewachsen. Sie bestritten den Völkern das Recht, sich den Staat selbst zu formen; sie unterschätzten die Kraft des Nationalgefühls; die Legitimität und die Verträge waren für sie die einzige Quelle nicht bloß des positiven Rechts, sondern auch die Wurzeln der historischen Entwicklung. Sie vertraten die Staatenordnung der heiligen Allianz und damit eine versinkende Welt.“

Friedjung stellt die österreichischen Dinge in den Vordergrund; der Leser hat daher das unwillkürliche Gefühl, daß er die Ereignisse im Ministerrate des Kaisers Franz Joseph und im Generalstabe Benedeks oder des Erzherzogs Albrecht miterlebt, nicht in der Umgebung König Wilhelms und Bismarcks. Aber Friedjung hat als Österreicher auch den großen Vorzug vor Sybel, daß er die Verhältnisse und Personen in Oesterreich ganz genau kennt und zu beurteilen weiß. Dies ist um so schwieriger, als auch heute, wie er in der Vorrede sagt, die österreichische Politik von 1859 bis 1866 noch unter die Staatsgeheimnisse gerechnet wird, und daß noch keiner der österreichischen Staatsmänner und Generale der Zeit irgend etwas über seine Wirksamkeit veröffentlicht hat. Auch Benedek hat, dem Versprechen getreu, das ihm der Erzherzog Albrecht abnahm, alle seine Papiere verbrannt und das, was er wußte, mit ins Grab genommen, womit offenbar eine Hauptquelle der Kenntnis für alle Zeit verschüttet ist. Damit glaubt man in Oesterreich noch immer dem Staatsinteresse zu dienen. Selbst auf weit zurückliegende Zeiten wendet man dieses System des Verschweigens und Vertuschens zuweilen noch an. Ein Mitglied der hohen österreichischen Aristokratie sagte einmal dem Verfasser dieser Zeilen, manches über Wallenstein könne noch heute nicht veröffentlicht werden, weil sonst eine große „Rechtsverwirrung“ entstehen werde. Friedjung nennt dieses Verfahren „altmodisch“; uns will es

vor allem unwahrhaftig erscheinen und weder im Interesse der historischen Wissenschaft liegend, das natürlich nicht überall in erster Linie berücksichtigt werden kann, noch auch des Staats, denn die begangnen Fehler und die vorhandnen Schwächen können doch nur dann vermieden oder geheilt werden, wenn sie erkannt und anerkannt werden; verschweigt man sie, so erweckt man leicht die Vorstellung, als seien die Zustände noch viel ärger als sie in Wirklichkeit sind; man schädigt also die Autorität des Staats, aber man stärkt sie nicht. Der österreichische Pessimismus wurzelt nicht zum wenigsten in diesem Vertuschungs- und Verschweigungssystem.

Eine rühmliche Ausnahme sind die amtlichen österreichischen Darstellungen der Kriege von 1859 und 1866, aber noch der allerdings schonungslos urteilende, ungenannte Verfasser eines tüchtigen Buchs über 1859,*) der seiner Vorrede das Motto vorangestellt hat: „Wahrheit ist im sittlichen wie im geistigen Leben die erste aller Pflichten,“ und sie mit den Worten schließt: Falsche Meinungen und Ansichten „sind unverwüsthliche Keime künftiger Katastrophen,“ hat seine Offnenheit mit der Verabschiedung aus dem Heere gebüßt. Auch Friedjung hat zuletzt das k. k. Kriegsarchiv, das ihm die frühere Leitung bereitwillig geöffnet hatte, verschlossen gefunden. Um so eifriger hat er sich bemüht, bei den leitenden Persönlichkeiten dieser Jahre ausführliche Erkundigungen über wichtige, sonst nicht leicht aufzuklärende Fragen einzuziehen, und sie haben auf beiden Seiten bereitwillig und ehrlich seinem Verlangen entsprochen. Fürst Bismarck, Moltke, Blumenthal und Graf Nigra, Graf Rechberg, General von Edelsheim-Giulay, Benedeks Witwe, frühere Generalstabsoffiziere Benedeks, wie die (jetzigen) Feldmarschallleutnants Freiherr von Sacken und Neuber u. a., haben wichtige Nachrichten beigeuert, die der Verfasser teilweise zusammen mit einer Anzahl von Aktenstücken aus dem Kriegsarchiv im Anhange mitteilt. Zuweilen hat er über eine besonders wichtige Frage ein förmliches „Zeugenverhör“ angestellt, um zu einem sichern Ergebnis zu gelangen. So hat er die historische Erkenntnis in sehr wesentlichen Punkten gefördert; ja man kann sagen, daß die Vorgänge in der österreichischen Diplomatie und Heeresleitung erst durch ihn in das richtige Licht gerückt worden sind. Vor allem aber verdankt er diesen mithandelnden Männern neben seiner eignen Erfahrung als Österreicher die überaus lebendige Färbung seiner Darstellung der Verhältnisse, Vorgänge und Personen. Da er, bei aller Anerkennung der Wucht, die in den Dingen selbst liegt, sehr wohl weiß, wie entscheidend im gegebenen Augenblick, namentlich im Kriege, die Persönlichkeit eingreift, so giebt er eine Reihe höchst anschaulicher Lebens- und Charakterbilder der führenden Männer auf beiden Seiten. Auch den Männern der preußischen Seite wird er gerecht, nur dem König

*) Der Krieg im Jahre 1859. Nach offiziellen Quellen nicht offiziell bearbeitet. Mit 5 Plänen und 8 Beilagen. Bamberg, C. C. Buchner, 1894. VI und 272 S.

Wilhelm nicht, den die Ausländer fast niemals ganz verstehen, und zu diesen scheinen hierin auch die deutschen Österreicher zu gehören. Auf eine eingehendere Charakteristik Kaiser Franz Josephs verzichtet er, dieser Monarch sei für die Zeitgenossen noch eine verhüllte Gestalt; gleichwohl lassen sich ziemlich deutlich die Punkte erkennen, wo der Kaiser persönlich die Entscheidung gegeben hat. Bei allem innern Anteil aber, den der Verfasser an den Ereignissen nimmt, bewegt sich die Erzählung doch in ruhigem Flusse einher und vermeidet jedes Pathos.

Sehr ausführlich und eingehend schildert er die innern Verhältnisse Österreichs. Er betont die eigentümliche Stellung des Kaisers, der noch immer von einem Schimmer der *Sacra Caesarea majestas* umgeben sei, und zu dem sich auch das Urteil nicht hinaufwage, während in Deutschland über die regierenden Persönlichkeiten noch bei ihren Lebzeiten sehr freimütig geurteilt worden sei und geurteilt würde. Er führt auch das nicht nur auf die Tradition, sondern auch auf das Interesse des Staates zurück, dessen Zusammenhalt nun einmal wesentlich in dem Herrscherhause beruhe. Gar nicht bespricht er die politische Bedeutung der römisch-katholischen Kirche in Österreich, die doch offenbar noch immer sehr groß ist; um so mehr betont er die Stellung der österreichischen Aristokratie. Etwa sechshundert adliche Familien regieren das Reich; sie behaupten den größten Teil des Grundbesitzes und damit auch des werbenden Kapitals in industriellen Unternehmungen; sie nehmen die obersten Stellen im Staats- und Heeresdienst ein, auch wenn die Befähigung dieser Herren den an sie gestellten Aufgaben nicht entspricht, und sie pflegen „sanft zu fallen,“ wenn sie Mißerfolge gehabt haben, wie Graf Clam-Gallas 1866, der nach seinen böhmischen Niederlagen zwar vom Heer abgerufen wurde, aber später ein anerkennendes Handschreiben des Kaisers erhielt, weil seine Standesgenossen über seine Maßregelung tief verlezt waren. Den unvermeidlichen Sündenbock pflegt man sich dann in andern Kreisen auszusuchen; im Jahre 1866 war es der unglückliche Benedek, auf den alle Schuld an der Niederlage gehäuft wurde, während z. B. die Grafen Thun und Festetics, deren befehlswidrige Führung des rechten österreichischen Flügels bei Königgrätz die Niederlage wesentlich verschuldete, nicht zur Verantwortung gezogen wurden.

Ausführlich schildert Friedjung die österreichische Armee vor und nach 1859. Ihr Gründer ist, was die ganze österreichische Geschichte bezeichnet, nicht ein Monarch, wie in Preußen, sondern ein Feldherr, und zwar ein zuletzt rebellischer Feldherr, nämlich Wallenstein; sie wurde seitdem die beste Stütze, das eigentliche Rückgrat des Reichs. Lange wirkten in ihr die von Wallenstein geschaffnen Traditionen nach: die bunte Zusammensetzung aus allerlei Volk, die Beförderung ohne Rücksicht auf Abkunft und Religion, während bis 1868 kein Protestant Richter oder Lehrer werden konnte, das Übergewicht des deutschen Elements in den Offizieren, weil ja damals noch ausgedehnte Landschaften in Süddeutschland den Habsburgern gehörten und die Söhne des Reichsadels

scharenweise in kaiserliche Dienste traten. Erst seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts gerieten die höhern Stellungen immer ausschließlicher in die Hände des österreichischen Adels, nicht zum Vorteile des Heeres. Die Masse der Offiziere entstammte bis auf die neueste Zeit den alten Soldatenfamilien, die durch Generationen ihre Söhne immer wieder für den Heeresdienst erzogen und damit diesem vielsprachigen Gemisch von Soldaten ausschließlich aus den untern Schichten teilweise in der Kultur noch tief stehender Bevölkerungen erst festen Halt gaben. Die Schwierigkeiten, die diese Vielsprachigkeit des Heeres nicht sowohl der Befehlgebung, als dem Verkehr der verschiedensprachigen Truppenteile mit einander und der Einwirkung der Offiziere auf ihre Leute entgegenstellen, unterschätzt Friedjung offenbar, und er verkennet, wie es scheint, die Wirkung, die der dadurch verursachte Mangel an innerm Zusammenhange besonders im Falle einer Niederlage ausüben mußte, obwohl er selbst II, 268 erzählt, daß bei dem Kampf um Eblum am 3. Juli die Magyaren und Slowaken der Brigade des Erzherzogs Joseph — zugleich ein Beispiel von der nationalen Verschiedenheit in derselben Brigade — die deutschen Zurufe der Artillerieoffiziere, standzuhalten, nicht verstanden hätten. Es ist doch kein Zufall und beruht nicht nur auf der bessern Schulbildung, daß sich die Sachsen in allen diesen Niederlagen tadellos hielten. Seitdem die österreichisch-ungarischen Regimenter 1882 grundsätzlich in ihre Ersatzbezirke verlegt worden sind und die Kenntnis des Deutschen auch bei den Offizieren und Unteroffizieren immer mehr abnimmt, müssen sich diese Übelstände noch wesentlich gesteigert haben. Bei Manövern ist es schon oft genug vorgekommen, daß wichtige Meldungen bei den Truppenteilen, denen sie galten, nicht verstanden wurden, und selbst der Nachwuchs der alten Offiziersfamilien ist gefährdet, da diese für ihre Söhne in den außerdeutschen Ländern nicht mehr genug deutsche Schulen finden. Wohin soll das vollends im Kriegsfall führen!*)

Seit Lacy, dem Kriegsminister Maria Theresias und Josephs II., begann auch die Routine im Dienst und die abstrakte Gelehrsamkeit in der Kriegführung zu überwiegen, die zu den Niederlagen von 1796/97, 1800 und 1805 führten; die Bemühungen des Erzherzogs Karl, eine Landwehr und damit einen Rückhalt für das stehende Heer zu schaffen, hatten keinen dauernden Erfolg, und noch 1866 war ein Grund des Unterliegens für Österreich der, daß Österreich keine eigentlichen Reserven hatte und statt der 800 000 bis 900 000 Mann, von denen seine Anhänger auch in Deutschland fabelten und faselten, im ganzen von einer Bevölkerung von 35 Millionen nur 528 000 Mann, davon etwa 460 000 streitfähige Leute, mobilisieren konnte, während Preußen von seinen 18 Millionen zuletzt 600 000 Mann zur Verfügung hatte. Auch die öster-

*) Auf diese bedenklichen Übelstände weist nachdrücklich hin Karl Schwarzenberg: Kann sich die österreichisch-ungarische Armee dem Einflusse der Nationalitätenkämpfe entziehen? München, J. F. Lehmann, 1898.

reichische Taktik blieb hinter der Zeit zurück. Nach 1805 ging das Dienstreglement des Erzherzogs Karl von der überwundenen Lineartaktik zur französischen Schwarmtaktik über, doch so, daß sich nur etwa der vierte Teil der Truppe in Schützenlinien auflöste, die Hauptmasse in dreigliedriger Linienaufstellung folgte. Diese Taktik erlag 1859, obwohl beide Heere Vorderlader und die Österreicher sogar das bessere Gewehr führten, den Franzosen, die in dichten Schützenwärmen mit nachfolgenden tiefen Kolonnen anrückten und nach einem überwältigenden Plänklerfeuer zum Bajonnettangriff übergingen. Seitdem bildeten die Österreicher diese siegreiche „Stoßtaktik“ eifrig nach. Hinter einer dünnen Schützenlinie ging das Bataillon in drei eng aneinandergeschlossenen „Divisionen“ (zu zwei Kompagnien, deren damals das Bataillon sechs zählte) möglichst bald, auch aus gedeckten Stellungen, mit der blanken Waffe vor.

Dagegen legte man in Preußen nach den Vorschriften von 1861 das Hauptgewicht auf das Feuergefecht mit dem überlegenen Hinterlader, dem Zündnadelgewehr, das dreimal schneller feuerte als jeder Vorderlader, bevorzugte die gedeckte Stellung und übte die Offiziere, auch schon mit der Kompagnie, der eigentlichen Gefechtsinheit, möglichst selbständig vorzugehen, namentlich den Gegner in seiner starren, unbehilflichen Formation auch in den Flanken zu fassen und zum Schluß in überwältigendem, allseitigem Ansturm den schon erschütterten Feind über den Haufen zu werfen. Daher wurden auch die Hauptleute, was Friedjung nicht erwähnt, beritten gemacht, schon um das zerstreute Gefecht besser übersehen zu können, während sie bei den Österreichern noch zu Fuß fochten und kaum eine andre Aufgabe hatten, als mit gezognem Säbel ihren Leuten voranzustürmen. Da indes diese neue preußische Taktik 1864 ihre Vorzüge noch wenig entfaltet hatte, so blickte man in Österreich geringschätzig auf sie und auf das Zündnadelgewehr herab und behielt die Stoßtaktik bei; erst kurz vor dem Kriege von 1866 erhoben sich einzelne besorgte Stimmen. Nur die österreichische Artillerie war in Material und Vorgehen der preußischen wirklich überlegen, aber sie wurde von der Heeresleitung selten zweckentsprechend verwandt; die Reiterei aber leistete 1866 auf beiden Seiten nicht das Erwartete, die preußische besonders deshalb nicht, weil sie auf dem Marsch und im Kampfe hinter der Infanterie zurückgehalten wurde, nicht, wie 1870, den Marschkolonnen aufklärend voranging.

Mit einem Rückblick auf die Zeit seit 1849 und einer übersichtlichen Darstellung des Krieges von 1859 beginnt Friedjung seine Darstellung. Seit dieser Niederlage begannen die Versuche, im Innern den Kaiserstaat durch parlamentarische Formen zu verjüngen, nach außen das Verhältnis zu Deutschland im Sinne einer großdeutschen Politik stärker zu betonen. Beide Richtungen schienen in enger Verbindung mit einander zu stehen, weil Österreich dabei auf die deutschen Liberalen rechnen mußte; thatsächlich widersprachen sie einander, denn der Parlamentarismus mußte in Österreich sofort das Selbst-

gefühl auch der nichtdeutschen Nationalitäten beleben, also die tatsächliche Vorherrschaft der Deutschen, die doch für eine großdeutsche Politik die unentbehrliche Voraussetzung war, ins Wanken bringen. Die Seele dieser Politik war Anton von Schmerling (seit Dezember 1860), der Schöpfer der einheitsstaatlichen parlamentarischen Verfassung vom 16. Februar 1861. Aber weder konnte er die Ungarn zur Unterwerfung unter diese Verfassung bewegen, noch war der Kaiser vollständig mit ihm einverstanden, und die auswärtige Politik wurde nicht ganz in seinem Sinne geleitet. Vielmehr erstrebte Graf Bernhard Rechberg, 1855 bis 1859 Bundestagsgesandter neben Bismarck, ein enges Zusammengehen mit Preußen im Sinne des alten friedlichen Dualismus vor 1848, also ungefähr daselbe, was auch Bismarck ursprünglich wollte. Beide Auffassungen bekämpften sich fortwährend im Kabinett und im Ministerrat, denn sie schlossen sich aus. Siegte Schmerling, so mußte Preußen mit Gewalt niedergeworfen und auf die Stellung eines Mittelstaats hinabgedrückt, also ein Krieg auf Leben und Tod geführt werden, da doch an eine friedliche Unterwerfung Preußens unter die österreichische Vorherrschaft damals, unter der Leitung König Wilhelms und Bismarcks, gar nicht mehr zu denken war. Zunächst behauptete Schmerling das Übergewicht, er knüpfte auch mit den preußenfeindlichen Ultramontanen und Demokraten in Deutschland Verbindungen an. Von diesen, von Julius Fröbel, einem Demokraten von 1848, und dem Erbprinzen von Thurn und Taxis, einem Haupte der Ultramontanen, ging der Gedanke aus, Kaiser Franz Joseph solle durch einen Fürstentag in Frankfurt die Reform des deutschen Bundes im österreichisch-großdeutschen Sinne selbständig in die Hand nehmen. Schmerling und der Freiherr M. von Biegeleben, der Referent für die deutschen Angelegenheiten, ein geborner Hessen-Darmstädter von durchaus katholisch-aristokratischer Überzeugung, geistvoll und federgewandt, aber mehr gelehrter Publizist als praktischer Staatsmann, stimmten eifrig bei, Graf Rechberg widersprach aufs entschiedenste und setzte es wenigstens durch, daß nicht Schmerling, wie dieser natürlich erwartet hatte, sondern er selbst mit Biegeleben den Kaiser nach Frankfurt begleitete. Das tatsächliche Scheitern des Fürstentags im August 1863 war natürlich auch eine entschiedne persönliche Niederlage Schmerlings und ein Sieg Rechbergs.

So gelang es Rechberg, das gute Einvernehmen mit Preußen noch einmal herzustellen. In der schleswig-holsteinischen Frage gingen 1864 beide Großmächte, die Mittelstaaten beiseite schiebend, gemeinsam vor und nahmen die Herzogtümer den Dänen ab. Aber sobald die Frage auftauchte, was denn nun aus dieser gemeinsamen Eroberung werden sollte, begannen ihre Bahnen sich wieder zu trennen. Rechbergs Rat, gegen den Verzicht auf das Anrecht Österreichs an Schleswig-Holstein die preußische Bürgerschaft für den Besitz Venedigiens einzutauschen, drang nicht durch, und obwohl im August 1864 die beiden Monarchen mit ihren Ministern noch einmal in Wien zusammentrafen und hier selbst einen gemeinsamen Krieg gegen Frankreich ins Auge faßten, so begann

doch der Einfluß Biegelebens wieder zu überwiegen. Da Rechberg endlich bei den Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins für Österreich nicht einmal die Aussicht auf einen künftigen Beitritt erringen konnte, obwohl Bismarck zu einem solchen Zugeständnis riet, um Rechberg im Amte zu erhalten, so nahm dieser am 27. Oktober 1864 seinen Abschied. Damit gewann die zum Kriege drängende Richtung Biegelebens mehr und mehr die Oberhand.

Allerdings wurde nun nicht etwa dieser Rechbergs Nachfolger, sondern wieder ein vornehmer Herr, Graf Alexander Mensdorff-Pouilly, ein echt österreichischer Kavalier und ein tapfrer Soldat, eine vornehme, ehrliche, ritterliche, feinfühligte Natur, aber ohne alle diplomatische Erfahrung, dabei weich und unselbständig, also leicht bestimmbar. Auch er wollte keinen Krieg mit Preußen; er hat vielmehr bis zuletzt davor gewarnt, allein er wußte nicht zu verhindern, daß die österreichische Politik sich nunmehr immer offener auf die Seite Friedrichs (VIII.) von Augustenburg stellte, also den Plänen Bismarcks immer schärfer gegenübertrat und es diesem erleichterte, die anfängliche Abneigung König Wilhelms gegen eine Annexion und die starke eine solche bekämpfende Partei am preußischen Hofe zu überwinden. Noch einmal verhinderte die Konvention von Gastein am 14. August 1865 den schon drohenden Bruch, aber man empfand sie in Wien als eine diplomatische Niederlage, in der großdeutschen Partei als einen Verrat Österreichs an der gemeinsamen Sache.

Schon war der eigentliche Träger dieser Politik, Schmerling, damals aus dem Amte geschieden (30. Juli 1865). Die Unzufriedenheit der deutschen Liberalen mit dem geringen Maße der von ihm gewährten politischen Rechte, die Vergeblichkeit der Bemühungen, Ordnung in die Finanzen zu bringen, die Feindseligkeit des hohen Adels gegen den bürgerlich-liberalen Minister und die unüberwindliche Opposition der Magyaren gegen den parlamentarischen Einheitsstaat untergruben Schritt für Schritt Schmerlings Stellung. Der Sieger in diesem Kampfe gegen den deutsch-liberalen Zentralismus war Graf Moritz Esterhazy, schon unter Schmerling Minister ohne Portefeuille, ein ungarischer Magnat der alten Art, im diplomatischen Dienst aufgewachsen, ein Fremder in seiner Heimat, sodaß er weder ungarisch noch deutsch geläufig sprach, sondern am liebsten das Französische brauchte, ein Anhänger Metternichs, also Gegner jeder wirklich parlamentarischen Verfassung und jedes liberalen Zentralismus, an dessen Stelle er vielmehr wieder möglichst altständisch geordnete Landtage für die einzelnen Kronländer, für Ungarn die aristokratische Verfassung der Zeit vor 1848 setzen wollte. Nach außen wollte er die überlieferte Machtstellung der Monarchie aufrecht erhalten; ein Verständnis für die nationalen Bestrebungen und Bedürfnisse Deutschlands lag diesem Magyaren natürlich ganz fern. Überaus scharfsinnig, erkannte er jede Schwierigkeit voraus, schreckte aber vor einem kräftigen Entschlusse, sie zu überwältigen, regelmäßig zurück. Aber gerade diese kritische Fähigkeit sicherte ihm beim Kaiser den entscheidenden Einfluß. Daher gelang es ihm auch, einen Mann seiner Richtung zum Nachfolger Schmerlings

zu machen, den bisherigen Statthalter von Böhmen, Graf Richard Belcredi, einen aristokratischen Föderalisten und Gegner der Deutschen; doch der eigentliche Leiter der österreichischen Politik blieb auch jetzt, obwohl nur Minister ohne Portefeuille, Graf Esterhazy.

Für dieses „Grafenministerium“ fielen die Interessen des Staats und der regierenden Aristokratie in eins zusammen. Es „sifirte“ daher schon am 20. September 1865 die junge zentralistische Verfassung, verhandelte mit den Ungarn und Böhmen über einen „Ausgleich“ auf föderalistisch-aristokratischer Grundlage und begünstigte bei seiner Finanzgesetzgebung und seinen Finanzmaßregeln in einer geradezu anstößigen Weise die Interessen des Großgrundbesitzes auf Kosten der übrigen Steuerzahler und zum Schaden der notleidenden Staatskasse. Einen Ausgleich mit Ungarn brachte es nicht zu stande, und für die Neuordnung der deutschen Dinge hatte es weder Verständnis, noch ein Programm, noch den Beruf. Denn ein Staat, der zum Vorteil der feudalen, klerikalen und föderativen, also slawisch-magyarischen Interessen geleitet wurde, konnte und durfte Deutschland so wenig reorganisieren, wie Ferdinand II. mit seinen Jesuiten und seinen heimatlosen Söldnerheeren, und es war das entscheidende Verhängnis für Österreichs deutsche Politik, daß der Verfechter des großdeutschen liberalen Standpunktes, Schmerling, in dem Augenblicke zurücktreten mußte, wo sich der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland mit raschen Schritten näherte. Dies hebt Friedjung doch zu wenig hervor. Er betont, Österreich habe sich Preußen gegenüber im Stande der Verteidigung befunden, denn Preußen sei im Angriff auf die alte deutsche Stellung Österreichs gewesen. Gewiß war es das seit Bismarcks Berufung, wie jeder als „Angreifer“ erscheinen wird, der es unternimmt, eine lästige Fessel zu sprengen. Aber im tiefern Sinn ist doch der schließlich der Angreifer, der diese Fessel geschmiedet hat oder sie, wenn sie drückend wird, nicht löst, und so ganz auf die bloße Behauptung der „historischen Stellung“ ging doch auch das Ministerium Belcredi keineswegs aus.

Für einen friedlichen Ausgleich mit Preußen über Schleswig-Holstein etwa nach dem Gedanken Rechbergs war nur der Graf Mensdorff, der Österreich die Kraft nicht zutraute, einen Doppelkrieg im Norden und im Süden zu führen, aber er hatte wenig Einfluß. Graf Esterhazy verabscheute den Krieg zwischen zwei alten konservativen Mächten und wäre vorher oder nachher zu einer Art von Teilung Deutschlands bereit gewesen, aber er ließ sich in der ganzen Frage mehr treiben, als daß er die Richtung gegeben hätte. Graf Belcredi und Biegeleben dagegen drängten zum Kriege, der im Bunde mit den deutschen Mittelstaaten zu führen sei, um, wie sich Biegeleben ausdrückte, „Preußen in seine Teile zu zerschlagen.“ Wie man teilweise auch in den Mittelstaaten dachte, das zeigt unter anderm eine Äußerung Beusts: nun sei der Augenblick gekommen, wo die Improvisation Friedrichs II. wieder verschwinden

werde. *) Das war gewiß nur konsequent, aber eine reine Verteidigungspolitik war das nicht mehr. Und diese Richtung überwog im österreichischen Minister-rate mehr und mehr, denn sie hatte wenigstens ein bestimmtes klares Ziel. Daher wurde in Holstein die Augustenburgische Agitation begünstigt, in der Preußen einen Angriff auf sein Mitbesitzrecht erkannte und erkennen mußte. Nun lagen an sich für Österreich zwei Wege offen. Entweder mußte es den Krieg gegen Preußen mit allen Mitteln aufnehmen, also sich möglichst bald mit Italien unmittelbar durch Verzicht auf Venedig verständigen, um seine ganze Kraft nach Norden werfen zu können und hier einen durchschlagenden Sieg zu erfechten. Oder es mußte seinen Anspruch auf den ausschließlichen Vorsitz im Deutschen Bundestage — denn viel mehr bedeutete die so eifersüchtig bewahrte „Vorherrschaft“ nicht — aufgeben und sich mit Preußen über eine gemeinsame Neuordnung der deutschen Verhältnisse einigen, deren Unhaltbarkeit Kaiser Franz Joseph selbst 1863 mit unvergeßlichen Worten anerkannt hatte. Der Stolz auf die alte Tradition und der Mangel an jedem Verständnis für die nationalen Interessen Deutschlands versperrten den zweiten Weg, wie den ersten. Um so sicherer ging Bismarck vor. Schon am 28. Februar 1866 hatte der preußische Ministerrat gegen die Stimme des Kronprinzen beschlossen, es um Schleswig-Holsteins willen auf einen Krieg ankommen zu lassen, und seit dem 14. März wurde mit dem General Govone in Berlin über ein preußisch-italienisches Bündnis verhandelt. Nachdem am 29. März die ersten Befehle zu militärischen Vorbereitungen ergangen waren, kam am 8. April der Bund auf drei Monate zum Abschluß (in dem Sinne, daß, falls Preußen wegen der Bundesreform während dieser Zeit in Krieg verwickelt würde, Italien gleichfalls loschlagen müsse und Venedig erhalten solle). Unmittelbar darauf, am 9. April, stellte Preußen in Frankfurt den überraschenden Antrag auf die Berufung eines deutschen Parlaments nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht der Reichsverfassung von 1849.

Dieser kühn vordringenden, zielbewußten preußischen Politik gegenüber herrschte in Österreich ebenso große Ratlosigkeit wie Erbitterung. Dabei trat ein bedenklicher Zwiespalt zwischen der Staats- und der Heeresleitung hervor. Die Diplomaten, namentlich Biegeleben, trieben zum Kriege, die Generale machten Bedenken geltend, besonders wegen der unvermeidlichen Langsamkeit der österreichischen Mobilisierung, und wollten von Anfang an nur von einem Verteidigungskriege hören, während Moltke sich ebenso entschieden für den entschlossensten Angriffskrieg und zwar in möglichst kurzer Frist aussprach, allerdings ohne den König zu überzeugen. In dieser Abneigung des Monarchen gegen einen Angriff, in der er von einem Teile seiner nächsten Umgebung bestärkt wurde, lag die letzte Möglichkeit einer friedlichen

*) Th. von Bernhardt, Aus den letzten Tagen des deutschen Bundes, 308.

Wendung, und in der That beantwortete Preußen (gegen den Willen Bismarcks, der damals erkrankt war) die österreichische Note vom 7. April mit dem Vorschlage, die schon getroffenen militärischen Maßregeln zurückzunehmen, am 15. April zustimmend. Allein hier griffen nun die europäischen Verhältnisse maßgebend ein. Für beide Mächte war die Haltung Napoleons III. von entscheidender Bedeutung. Da dieser den Krieg schürte, um, als Vermittler zwischen die erschöpften Gegner tretend, für Frankreich eine Landerwerbung am Rhein oder in Belgien, für Italien die Erwerbung Veneziens durchzusetzen, daher Italien zum Bündnis mit Preußen drängte, um der, wie er meinte, unzweifelhaften Übermacht Österreichs einigermaßen ein Gegengewicht zu schaffen, so vermochte zunächst weder Preußen noch Österreich zu einer festen Abmachung mit ihm zu kommen, das seine Neutralität der einen oder andern Macht gesichert hätte. Gerade die Rüstungen Italiens aber führten in Wien gegen Mensdorffs Meinung zu dem entscheidenden Beschlusse, die dort stehenden Truppen zu mobilisiren (21. April) und in der Note vom 26. April Preußen zu erklären, daß Österreich im Süden nicht abrüsten könne. Damit waren im Grunde die Würfel gefallen, denn das konnte Preußen schon mit Rücksicht auf das verbündete Italien nicht zugeben, und da schon am 27. April Österreich auch die Aufstellung einer Nordarmee anordnete, so ergingen seit dem 3. Mai die Befehle auch zur Mobilisirung der gesamten preußischen Armee.

Jetzt erst war der lange Widerstand des Königs Wilhelm gegen den Krieg überwunden, denn die Sicherheit seines Staates war bedroht. In demselben Augenblicke, also zu spät, faßte man in Wien den Entschluß, sich mit Italien zu verständigen, aber auch jetzt noch nicht unmittelbar und nicht rückhaltlos, sondern indem man am 30. April in Paris, wenn Italien neutral bliebe, Venedig anbot, falls es nämlich gelänge, Schlesien für Österreich zu erobern. Damit spielte dies Napoleon III. und dem Kabinett von Florenz die Entscheidung in die Hand. Sener bestand auf der Zusicherung, Venedig ohne Rücksicht auf Schlesien abzutreten, und erreichte sie auch; die italienische Regierung aber konnte nach dem Bündnisvertrage und unter dem steigenden Drucke der nationalen Leidenschaft das verspätete Anerbieten auf keinen Fall annehmen. So mißlang dieser österreichische Schachzug völlig, und Österreich vergoß dann das Blut seiner Soldaten in Strömen für das Gespenst der Waffenehre um einer Provinz willen, die es grundsätzlich schon aufgegeben hatte, ein Verfahren, das Graf Rechberg später rund heraus eine „Schändlichkeit“ genannt hat.

(Schluß folgt)

